

Die Demokratische Bank Begründung

Die Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte hat die Welt in eine tiefe Krise gestürzt. Der Bankensektor wurde, gemessen an seinem Nutzen für Gesellschaft und Gemeinwohl, total ineffizient und hat sich von seiner Kernaufgabe – der Umwandlung von Spargeldern (Finanzvermögen) in günstige Kredite für lokale Unternehmen und Haushalte – gefährlich entfernt. Profitorientierte Banken erfüllen diese Kernaufgaben nicht mehr oder nicht mehr in zufriedenstellender Weise:

- Sie können die Sparguthaben nicht garantieren.
- Sie verkaufen Geld teuer oder gar nicht („Kreditklemme“).
- Sie erhöhen die Kontoführungskosten und schließen manchmal sogar das Girokonto, wenn KundInnen sich weigern, Aktien zu kaufen (z. B. in Großbritannien).
- Sie dünne das Filialnetz und die Grundversorgung aus. Stattdessen betreiben sie Geschäfte, welche
- das Finanzsystem instabil machen: Investmentbanking, Ausgabe gefährlicher Produkte (Derivate), Kredithandel, Währungsspekulation, ...
- von der Allgemeinheit zu den Vermögenden umverteilen: Hochrendite-Fonds, maßlose Boni und Dividenden, Beihilfe zur Steuervermeidung, ...
- den Staat schröpfen, indem sie sich mit Steuergeld retten lassen, anstatt die Aktionäre zur Verantwortung zu ziehen.

„Globale Finanzmärkte“ sind bei näherer Betrachtung ein Widerspruch in sich: Im liberalisierten Markt tendieren Banken dazu, eine global wettbewerbsfähige Größe anzustreben. Dadurch werden sie ,aber zwingend „systemrelevant“, wodurch eine fundamentale Marktregel, der Konkurs, nicht mehr auf sie angewandt werden kann. Sie sind zu ewigem Leben verdammt. Den „Markt“ gibt es auch aus anderen Gründen nicht:

- Die Sparvermögen werden vom Staat garantiert.
- Die Refinanzierung leistet die staatliche Zentralbank.
- Nicht die Aktionäre haften für den Schaden, wenn systemrelevante Banken insolvent werden, sondern die SteuerzahlerInnen.

Zu allem Überfluss ist die Macht dieser „Global Players“ so groß geworden, dass sie sich erfolgreich gegen ihre Besteuerung, Regulierung und Zerteilung zur Wehr setzen: Sie wollen weder Markt noch Demokratie. Sie schaden der Wirtschaft und dem Gemeinwesen mehr, als sie nützen. Attac fordert die Rückgewinnung der demokratischen Kontrolle über die Finanzmärkte und die Umsetzung eines „Alternativen Finanzsystems“ (s. Positionspapier 2010). Elemente davon sind: ein globales, egalitäres Währungssystem, die Schließung des globalen Finanzcasinos, globale Steuergerechtigkeit sowie ein demokratisches Bankensystem.

a) Vision eines demokratischen und gemeinwohlorientierten Bankensystems

Langfristig wollen wir den gesamten Bankensektor auf Gemeinwohlorientierung umstellen und auf seine Kernaufgabe – das Einlagen- und Kreditgeschäft – zurückführen. Wir wollen Geld zum öffentlichen Gut machen, was bedeutet, dass demokratisch entschieden wird, wie Geld als Kredit in den Wirtschaftskreislauf gelangt, welcher Einkommensanspruch aus der Geldverleihung entsteht und dass Banken nicht nach Gewinn streben, sondern dem Gemeinwohl dienen sollen.

Herzstück dieser Vision ist eine Demokratische Bank. Neben dieser gibt es nur ergänzend kleinere private Banken für spezielle Bedürfnisse wie zum Beispiel Vereinssparkassen. Diese dürfen nur noch in nicht-gewinnorientierten Rechtsformen wie Genossenschaften organisiert sein. Die Sparguthaben privater Banken werden nicht durch den Staat garantiert und sie kommen nicht in den Genuss der Refinanzierung durch die Zentralbank, außer sie verhalten sich wie die Demokratische Bank. Damit ist der Bankensektor streng reguliert und ein öffentliches Gut.

An dieser Vision wollen wir arbeiten. Die folgenden Punkte (I – XVI) beschreiben erste Eckpunkte eines demokratischen Bankensystems. Ihre Umsetzung hängt vom öffentlichen Druck, dem politischen Willen und den politischen Kräfteverhältnissen ab. Deshalb begrüßen wir gleichzeitig, um nicht auf das Mitwirken von Regierung und Parlament angewiesen zu sein, die sofortige Gründung einer Vorläuferbank zur Demokratischen Bank als private Genossenschaft, die innerhalb des derzeit bestehenden Systems startet und jenen Menschen, die ihr Geld nicht mehr unter aktuellen Bedingungen anlegen möchten, eine sinnvolle Alternative bietet. Sie soll sich für die Regulierung des gesamten Bankensektors einsetzen, Werbung für die visionäre Demokratische Bank machen und sich langfristig in diese umwandeln (s. „Umsetzung“). Auch diese private Vorläuferbank zur Demokratischen Bank orientiert sich an den folgenden Eckpunkten (I – XIV).

b) Eckpunkte einer Demokratischen Bank

I. Ziele

Die Demokratische Bank und ihre Zweigstellen sind dem Dienst an der Gesellschaft und somit dem Gemeinwohl verpflichtet.

Ihre Ziele sind die Förderung sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung, Verteilungsgerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung, Geschlechtergerechtigkeit sowie regionale und kulturelle Vielfalt. Insbesondere sollen lokale/regionale Wirtschaftskreisläufe, kleine Unternehmen und Haushalte gefördert werden.

Die Demokratische Bank ist nicht gewinnorientiert. Geld und insbesondere Kredit werden durch die Demokratische Bank tendenziell zu einem öffentlichen Gut.

II. Leistungen

1. Kostenloses Giro-Konto für alle vor Ort lebenden Menschen.
2. Die unbeschränkte Garantie der Spareinlagen.
3. Kostengünstige Kredite für Privathaushalte und Unternehmen bei
 - ökonomischer Bonität
 - Schaffung von ökologischem und sozialem Mehrwert durch die Investition
4. Flächendeckendes Filialnetz, in Synergie mit (Demokratischer) Post, (Demokratischer)Bahn, öffentlichen Internet-Docks, ...
5. Kostengünstige Kredite an den Staat (Abgeltung von Inflation und Transaktionskosten).

Diese Ziele und Leistungen sollen in der Verfassung festgeschrieben werden, damit sie nicht von einer Regierung mit einfacher Mehrheit geändert werden können. Idealerweise sollten die Demokratische Bank per Volksabstimmung legitimiert und ihre Ziele nur durch eine Volksabstimmung geändert werden können. (Es müsste sicher gestellt werden, dass keine EU- oder WTO-Gesetzgebung daran etwas ändern könnte.)

III. Sicherheitsregeln

Die Rolle der Demokratischen Bank ist auf die Geldvermittlung zwischen SparerInnen und KreditnehmerInnen beschränkt. Alle diese Geschäfte scheinen in der Bankbilanz auf, die Errichtung von Zweckgesellschaften (außerbilanzielle Töchter in Steueroasen) ist untersagt. Die Bank befolgt Risiko minimierende gesetzliche Eigenkapitalvorschriften, sie arbeitet nach dem bewährten Vertrauensprinzip des Hausbankensystems und kann in Krisenzeiten eine antizyklische Kreditvergabepolitik vornehmen.

IV. Zinsen, Finanzierung, Inflationsabgeltung

Die Kredit- und Sparzinsen der demokratischen Bank unterscheiden sich von den herkömmlichen. Die Kreditzinsen sind so berechnet, dass sie die Kosten der Bank inklusive Kreditausfälle decken und den SparerInnen die Inflation ausgleichen. Darüber hinaus verschaffen sie weder der Bank Gewinne noch den SparerInnen Einkommen.

Die Bank betreibt Aufklärung, welche Folgen Zinsen im Speziellen und Renditeansprüche des Kapitals im Generellen systemisch und volkswirtschaftlich haben. Anstelle des Mottos „Lassen Sie ihr Geld für sich arbeiten“ lebt sie das Motto „Schauen Sie hin und übernehmen Sie Verantwortung dafür, wie Ihr Geld investiert wird“.

V. Gehälter

Die Menschen, die in der Demokratischen Bank arbeiten, genießen hohe soziale Sicherheit sowie umfassende Arbeits- und Mitbestimmungsrechte. Sie erhalten ein menschenwürdiges Einkommen, das mindestens um 50 Prozent oberhalb des Mindestlohnes liegt. Die maximale Lohnspreizung innerhalb der Bank beträgt 1 : 5.

VI. Refinanzierung

Die Bank vergibt die Kredite aus den Einlagen von Privaten, Unternehmen und Staat. Da diese Finanzvermögen in Relation zur realen Wirtschaftsleistung (BIP) immer weiter wachsen, ist für ausreichendes Kredit-

kapital (Refinanzierung) gesorgt. Für den Fall, dass in einer Gemeinde, Region oder einem Bundesland die Spareinlagen nicht ausreichen sollten, um alle sozial und ökologisch sinnvollen Kreditansuchen zu decken, verteilen andere Zweigstellen, in denen die Sparguthaben die Kreditsumme übersteigen, zu diesen um. Damit kann allen Spareinlagen leichter der Wertverlust abgegolten werden, ohne die Kreditkosten unnötig zu erhöhen. Die Haftung für dieses Umverteilungsrisiko übernimmt die Zentralbank. Sie fungiert als „letzte Kreditgeberin“ wie zuletzt in der globalen Krise 2008.

VII. Konkurs

Der Konkurs einer Zweigstelle der Demokratischen Bank ist sehr unwahrscheinlich, da

- die Bank nicht gewinn- und damit schwach risikoorientiert ist
- die Geschäfte sich auf das „konservative“ Kreditgeschäft beschränken
- für die Kreditvergabe gesetzliche Sicherheitsregeln gelten
- die Vorstände persönlich haften, wenn sie die Gesetze nicht einhalten
- ein ebenfalls direkt demokratisch gewählter Aufsichtsrat die Tätigkeit des Vorstandes prüft und kontrolliert
- die Vorstände dem Souverän Rechenschaft ablegen müssen und jederzeit abgewählt werden können

Dennoch kann es im Ausnahmefall zum Konkurs kommen, falls eine hohe Zahl von Krediten gleichzeitig ausfällt. In diesem Fall verhindert die Zentralbank durch Rekapitalisierung den Konkurs. Die Demokratische Bank ist „too essential to fail“ gleich Schulen, Universitäten, der Bahn oder Krankenhäusern.

VIII. Soziale und ökologische Kreditprüfung

Bei der Kreditvergabe soll die Kenntnis der lokalen Situation und der Wirtschaftsakteure eine Rolle spielen, nicht anonymes Rating.

Kreditansuchen werden nicht mehr ausschließlich auf ihre ökonomische Rentabilität geprüft, sondern auch auf ihren sozialen und ökologischen Mehrwert. Für diese Prüfung gibt es ebenso gesetzliche Richtlinien wie für die ökonomische Bonitätsprüfung.

Gleichzeitig wird die Demokratische Bank als ökosoziales

Steuerungsinstrument eingesetzt: Investitionsvorhaben mit besonders hohem sozialen und ökologischen Mehrwert erhalten Kredite kostenlos oder sogar mit „negativem Zins“, d. h. sie müssen nicht die volle Kreditsumme zurückzahlen. Dagegen zahlen KreditnehmerInnen, deren Projekte nur die gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllen, eine höhere Kreditgebühr. Damit wirkt das Finanzsystem endlich auch als Steuerungsinstrument für eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung. „Ethisches Investieren“ wird zum gesetzlichen Standard. Projekte, die einen sozialen oder ökologischen Minderwert schaffen, erhalten gar keinen Kredit mehr, selbst wenn sie betriebswirtschaftlich rentabel wären.

Die Demokratische Bank muss diese verpflichtende ökologische und soziale Kreditprüfung sofort umsetzen, alle anderen (privaten) Banken in einem Übergangszeitraum von 10 Jahren.

IX. Ökosoziales Risikokapital

An Börsen und andere Segmente des Risikokapitalmarktes ist die Hoffnung geknüpft, dass Projekte, deren Rentabilität noch ungewiss ist, in den Genuss von Finanzierung kommen können. Börsen und andere Segmente des Risikokapitalmarktes sind jedoch auf dem sozialen und ökologischen Auge blind. Die Risiko-Abteilung der Demokratischen Bank übernimmt diese Funktion ausschließlich für Innovationen mit sozialem und ökologischem Mehrwert. Jede Demokratische Bank kann einen kleinen Prozentsatz ihrer Spareinlagen/ihrer Eigenkapitals als ökosoziales Risikokapital vergeben. Möglich wäre die demokratische Wahl einer Ethik- und Zukunfts-Kommission, die darüber entscheidet, welche Projekte mit Risikokapital ausgestattet werden.

Eine zweite – marktnähere – Möglichkeit wäre, dass Unternehmen, die in den Genuss von ökosozialen Risikokrediten kommen, im Erfolgsfall höhere Kreditgebühren zahlen, um damit erfolglosere Projekte mitzufinanzieren. Drittens können Unternehmen direkt den (lokalen) BürgerInnen Beteiligungen anbieten, um zu Kapital kommen. Die Finanziers erhalten im Gegenzug jedoch kein Stimmrecht.

X. Förderung von solidarischer Ökonomie

Die Demokratische Bank fördert solidarische Ökonomie und regionale Wirtschaftskreisläufe. Eine oder mehrere Demokratische Banken können Komplementärwährungen auf lokaler oder regionaler Ebene ausgeben.

XI. Subsidiarität, Demokratie, Kontrolle

Die Demokratische Bank ist subsidiär aufgebaut. Die große Mehrheit aller Kredite soll auf der Ebene 1, der kommunalen Ebene, vergeben werden. Die Demokratischen Banken entscheiden autonom.

Auf der Ebene 1 wird der Vorstand direkt-demokratisch gewählt; ebenso der „Demokratische Bankenrat“, der die Rolle des Aufsichtsrats ausübt. Dieser setzt sich aus VertreterInnen der: Beschäftigten, KonsumentInnen, SchuldnerInnen, KMU-VertreterInnen sowie einer Gender-Beauftragten und einer Umwelt- und Zukunfts-AnwältIn zusammen. In allen Gremien befinden sich mindestens 50 Prozent Frauen.

Für größere Investitionen und Staatskredite gibt es die Landes- (2) und die Bundesebene (3). Die Landes- und Bundesebene werden durch die lokale Ebene anteilmäßig mitfinanziert. Lokale Bankenleitungen wählen aus ihrer Mitte Vorstand und Bankenrat der Landes- und gemeinsam mit dieser die Bundesebene. Die Ebenen 2 und 3 stehen nicht hierarchisch über der Ebene 1, sie übernehmen nur im Sinne der Arbeitsteilung größere Finanzierungen. Sie sind ebenfalls autonom. Auch in diesen Gremien beträgt der Anteil von Frauen mindestens 50 Prozent.

Alle Entscheidungssitzungen aller Gremien der Demokratischen Bank sind öffentlich. Alle gewählten VertreterInnen sind der jeweiligen Wohnbevölkerung Rechenschaft schuldig und können von dieser jederzeit abgewählt werden. Zudem werden Regeln entwickelt, die die Konzentration von Macht bei einzelnen Personen verhindern.

XII. Transparenz

Die Transparenz ist neben der Mitbestimmung eine der zentralen Eigenschaften der Demokratischen Bank. Durch Transparenz entsteht Vertrauen. Die Bilanz sowie alle Kreditgeschäfte sind jederzeit öffentlich einsehbar. Die privaten Konten und Überweisungen unterliegen prinzipiell dem Datenschutz. Die steuerrelevanten Daten werden jedoch automatisch den Finanzämtern mitgeteilt (wie heute schon Arbeitseinkommen). Diese Regelung muss für alle Banken gelten, damit die Demokratische Bank keinen Wettbewerbsnachteil erleidet.

XIII. Offene Punkte

Wir diskutieren weiter über folgende Aspekte:

- Geldschöpfung
- Funktion und Höhe der Zinsen
- Struktur der Demokratischen Bank
- Sicherstellung der demokratischen Funktionsweise

c) Zentralbank und globale Kooperationen

XIV. Zentralbank

Die Zentralbank befindet sich als Teil des Demokratischen Bankensystems im Eigentum des Souveräns. Sie wird transparent und demokratisch neu organisiert. Der Gouverneursrat setzt sich aus VertreterInnen aus allen relevanten Gesellschaftsbereichen zusammen. Sie stellt dem Staat in begrenztem Ausmaß geschöpftes Geld zur Verfügung.

XV. Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Die EZA-Abteilung des Demokratischen Bankensystems vergibt kostengünstige oder kostenlose Kredite im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, um nachhaltige Entwicklung im globalen Süden zu fördern. Die Kosten dafür kommen aus dem allgemeinen Steuertopf oder aus einer gesetzlich begrenzten Geldschöpfung.

Die EZA-Abteilung übernimmt das Ausfallrisiko für risikante Exporte, die sozialen und ökologischen Mehrwert schaffen und einer nachhaltigen Entwicklung förderlich sind und eine diesbezügliche Prüfung bestanden haben. Die Finanzierung dafür kommt ebenfalls aus dem allgemeinen Steuertopf.

XVI. Clearing

Die Abwicklung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs erfolgt über Clearing-Stellen, die von den Zentralbanken eingerichtet werden. Private Clearingstellen werden untersagt. An den Clearingstellen wird die Finanztransaktionssteuer eingehoben.

XVII. Globale Währungs Kooperation

Die Zentralbank beteiligt sich an einer globalen Währungs Kooperation nach der Idee von John Maynard Keynes, die von der UN-Expertenkommission zur Lösung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise unter dem Vorsitz von Joseph Stiglitz als „Idee, deren Zeit gekommen ist“, aufgegriffen wurde. Die wichtigsten Elemente dieser Währungs Kooperation sind:

- Schaffung einer neutralen Verrechnungseinheit für den internationalen Handel: Weltreserve- oder Welthandelswährung (z. B. „Globo“ oder „Terra“)
- diese basiert auf einem Währungs- oder Rohstoffkorb
- die nationalen Währungen bleiben bestehen
- die Wechselkurse der nationalen Währungen zur „Weltreserve-“ oder „Welthandelswährung“ werden in einem globalen Ausschuss der Zentralbanken festgelegt und gegen allfällige Spekulation verteidigt
- bei Veränderung der realwirtschaftlichen Fundamentaldaten (Inflation, Produktivität, Leistungsbilanz) werden die nationalen Währungen gegenüber der Welthandelswährung entsprechend auf- oder abgewertet

d) Umsetzung

Attac verfolgt die langfristige Vision eines demokratischen Bankensystems.

Kurzfristig begrüßt Attac jedoch als ersten Schritt die Selbstgründung einer Demokratischen Bank als Genossinnenschaft durch engagierte Personen der Zivilgesellschaft (Attac als Organisation wird sich nicht an der Gründung der Demokratischen Bank beteiligen). Das könnte nach historischen Vorbildern gemacht werden: Raiffeisen wurde vor rund 150 Jahren für Bauern gegründet, die vom damals dominierenden Banktypus keine Kredite erhielten. Die Volksbanken erfüllten dieselbe Funktion – Selbsthilfe und Selbstorganisation – für das Handwerk. Heute könnte die allgemeine Bevölkerung, der demokratische Souverän, sich seine Bank selbst gründen, da er zunehmend vom heute dominierenden Banktypus „vernachlässigt“ wird. Für die Gründung würden 5.000 Personen, die je 1.000 Euro in die Mitte legen, ausreichen: das gesetzliche Startkapital von fünf Millionen Euro wäre beisammen. Eine solcherart gegründete Demokratische Bank könnte bereits regionale Zweigstellen aufbauen.

Wenn dieser Weg beschritten wird, sollte ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit und politischen Strategie dieser Bank ihre spätere Umwandlung in eine Demokratische Bank sein. Die Umwandlung könnte Gegenstand eines Volksbegehrens und einer Volksabstimmung sein.

Aufgrund der Krise sind gerade weitere alternative Banken in Österreich in der Gründungs- oder Vorbereitungsphase, unter anderem die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken (GLS) oder die Hermes-Bank. Mit diesen Initiativen sollte der Dialog gesucht und eine gemeinsame Strategie überlegt werden. Eine Variante wäre, dass die Menschen zum Wechsel zu diesen/einer dieser Banken aufgerufen werden, und diese Bank/en im Gegenzug die obigen Prinzipien übernehmen und sich das Ziel setzen, zur Demokratischen Bank zu werden.

Weitere Optionen: Umwandlung staatlicher Banken in demokratische Banken

Bei den derzeitigen Banken im öffentlichen Eigentum wie Hypo Alpe Adria, Kommunalkredit oder einigen Landesbanken ist ebenfalls ein eklatantes Versagen der demokratischen Kontrolle festzustellen. Oftmals ist die Politik mit der Bankführung eng „verfilzt“, die Banken weisen einen fatalen Mix aus Gewinnmaximierung, politischer und persönlicher Instrumentalisierung auf, die Bankführung und -geschäfte wurden nur unzureichend kontrolliert. Für Attac ist entscheidend, dass Banken nach demokratischen Prinzipien geführt und kontrolliert werden, die sich von den derzeitigen Praktiken in der Zusammenarbeit von Politik und Bankwirtschaft deutlich unterscheiden. Die öffentlichen Banken könnten allerdings durch tief greifende Reformen in das Demokratische Bankensystem integriert oder in die Demokratische Bank umgewandelt werden.

Auch die Sparkassen könnten in diese Lösung Eingang finden, zumal sie dem Gemeinwohlprinzip noch sehr nahe und zudem lokal gut aufgestellt sind. Drittens könnten weitere schon bestehende Großbanken verstaatlicht und in die Demokratische Bank umgewandelt werden. Wünschenswert wäre dies bei der P.S.K., die lange Zeit eine beliebte öffentliche Bank war und wieder zu einer solchen werden könnte: Der aktuelle Eigentümer Cerberus will bald wieder verkaufen. Mit der Umwandlung/Eingliederung in die Demokratische Bank könnte ein Personenkreis beauftragt werden, der dafür direkt demokratisch legitimiert wird.

Die Ziele und Leistungen der Demokratischen Bank sollten durch eine Volksabstimmung festgelegt und in der Verfassung verankert werden. Denkbar ist auch die direktdemokratische Wahl eines Konvents, der das Statut für eine Demokratische Bank ausarbeitet. Das Ergebnis müsste einer Volksabstimmung unterzogen werden.